

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Intensiv sind die Beratungen über den Haushalt des Jahres 2017 verlaufen. Ja, das Zahlenwerk hat es durchaus in sich. Gewaltige Transaktionen aus dem Vorjahr haben uns in die Lage versetzt, das Gesamtszenario in erfreulicherem Licht sehen zu dürfen. Der Überschuss im Vermögenshaushalt 2016 bezifferte sich auf sage und schreibe 2,6 Mio. Euro. Wermutstropfen ist freilich, dass der Überschuss auch auf noch nicht getätigten Investitionen in Höhe von 1,7 Mio. Euro zurückgeht. Die Tatsache, dass wir die „goldene Regel“, wonach der Verwaltungshaushalt zur Dotierung des Vermögenshaushaltes herangezogen werden soll, verletzen müssen, ist außerordentlich unschön, war aber angesichts der Rahmenbedingungen nicht zu vermeiden. Leider sind wir auch gezwungen, unsere ohnehin sehr hohe Gesamtverschuldung noch zu erhöhen. Die Nettoneuverschuldung im städtischen Haushalt ist – ohne Bürgschaften - mit 86.000 Euro nur moderat angestiegen. Eingedenk der Erschließungsaufwendungen für unser neues Baugebiet „Kelterfeld Nord“ lag das allerdings auf der Hand. Dabei ist uns das Ausschreibungsergebnis erfreulicher Weise sehr entgegen gekommen. Es steht außer Frage, dass Oettingen ein Baugebiet benötigt. Mit dem von der SPD-Fraktion favorisierten sogenannten Umlegungsverfahren, bei dem die betroffenen Eigentümer nach dem Abzug öffentlicher Flächen neu zugeschnittene Grundstücke erhalten, die sie selber vermarkten, wäre die städtische Vorfinanzierung des Baugebiets weggefallen und wir hätten mehr finanziellen Spielraum bei anderen Projekten. Die Mehrheit wollte es aber anders, so dass der diesjährige Haushalt ganz eindeutig von der Ausweisung „Kelterfeld Nord“ geprägt ist, das die bekannte 12er-Mehrheit des Stadtrates in dieser Finanzierungsform beschlossen hat. So werden dieses Jahr fast 3 Mio. Euro allein für das Baugebiet investiert und wir rechnen mit Einnahmen aus Verkäufen in Höhe von 1,2 Mio. Euro, die sich so hoffentlich auch tatsächlich realisieren lassen.

Mit Sarkasmus betrachten wir den Umstand, dass wir – wie im letzten Jahr auch - bei den Schlüsselzuweisungen vom Freistaat Bayern wieder nur eine schwarze Null erzielen und bei der Kreisumlage – trotz ihrer Senkung – statt mit 3,4 Mio. Euro dieses Jahr „nur“ mit 2,7 Mio. Euro belangt werden. Ob man sich hier – wie unser Herr Landrat - in einer eigens herausgegebenen Publikation „bei uns dahoim – Die Neue Information Direkt vom Landratsamt Donau-Ries“ dafür abfeiern lassen kann, dass – wie dort zu lesen ist - „Die größte Kommunalentlastung seit Bestehen des Landkreises [...] beschlossen“ sei, möge jeder für sich klären. Diese größte Kommunalentlastung erinnert uns an einen gespielten Witz. Denn in den vergangenen Jahren wurde die Kreisumlage in ungeahnte Höhen getrieben, Kommunen

wurden regelrecht abkassiert und man nähert sich jetzt nur langsam den Normalwerten, mit anderen Worten, die Überschrift hätte auch lauten können: „Die größte Kommunal**be**lastung seit Bestehen des Landkreises wird abgemildert, bis 2020 soll wieder das Niveau von 2015 unterschritten werden.“ Freilich, damit hätte der Herr Landrat keinen Blumentopf gewinnen können.

In den letzten Monaten war die Frage des Brückenstandorts ein viel diskutiertes Thema. Der Bürgerentscheid hat gezeigt, dass die Brücke am alten Standort verbleiben soll. Das kann man jetzt bedauern oder aber begrüßen. Die SPD-Fraktion steht voll und ganz dahinter, dass - ausgehend vom Ergebnis des Bürgerentscheids - der altersbedingte Sanierungsbedarf nun zeitnah umgesetzt wird. Dass der Baubeginn der neuen Brücke am alten Standort dieses Jahr nicht mehr möglich ist, ist uns klar. Wir werden uns aber entschieden dafür einsetzen, dass es nur bei dieser einjährigen Verzögerung verbleibt. Daher wurden die eingestellten Mittel für das Freibad zutreffend nicht gekürzt, obwohl scheinbar bei manchem die Verlockung groß war.

Dringend gefordert sind wir bei der Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes, weil wir insoweit derzeit ziemlich blank dastehen. Die Entwicklung des bisherigen Gewerbegebietes hat gezeigt, dass sich in dem Gewerbegebiet auch Akteure angesiedelt haben bzw. ansiedeln, die nicht zwingend auf den Gebietscharakter „Gewerbegebiet“ angewiesen sind, beispielsweise, weil sie ebenso gut in einem sogenannten „Mischgebiet“ schalten und walten können. Wir müssen uns daher ernsthaft fragen, ob wir allein mit einem Gewerbegebiet zu Recht kommen oder eventuell zusätzlich ein Mischgebiet in Angriff nehmen, in dem Gewerbebetriebe, die das Wohnen nicht wesentlich stören - wie es in der Baunutzungsverordnung heißt – auch zulässig sind. Der Verkauf von Gewerbegrundstücke muss auch umsichtig geschehen. Ich erinnere nur daran, dass in der Euphorie der Verkäufe „übersehen“ wurde, dass uns ursprünglich nur noch ein Inselgrundstück verblieben wäre, das durch eine Stichstraße für 50.000 Euro hätte angeschlossen werden müssen. Das kann aber nicht Sinn und Zweck von städtischen Verkäufen sein. Gewerbeansiedlung ja, aber nicht um jeden Preis muss die Devise lauten! Bei Gewerbegrundstücken befinden wir uns in einem – ich meine ruinösen – Wettbewerb mit den Nachbargemeinden. Ob wir bei den Grundstückspreisen mit den Nachbargemeinden mithalten wollen und - vor allem finanziell – mithalten können, wird sich zeigen. Gleiches gilt, ob wir den doch subventionierten Grundstückspreis auch der zulässigen Betriebsleiterwohnung zu Grunde legen oder hier - wie um die Jahrtausendwende herum – einen kostendeckenden Preis auf die Grundfläche der Betriebsleiterwohnung erheben. Die Baugrundstücke im neuen Baugebiet „Kelterfeld Nord“ verkaufen wir für 119 Euro/qm. Da darf der Grund für eine Betriebsleiterwohnung nicht für Peanuts gehandelt werden.

Mit dem Förderverfahren Breitband schreiten wir voran und stellen hierfür unter dem Strich 102.000 Euro ein. Uns ist bewusst, dass wir aus dem Förderprogramm noch Mittel abrufen könnten, um die bisher nicht erschlossenen Gebiete, wie beispielsweise Bettendorf, Mörsbrunn und Lohe zu erschließen. Für die Erschließung der insgesamt knapp 40 Gebäude ergibt sich ein Finanzbedarf von ca. 450.000 Euro, wovon ca. 150.000 Euro die Stadt zu tragen hätte. Da wir leider nicht im Geld schwimmen, können wir uns diese städtischen 150.000 Euro schlicht und einfach derzeit nicht leisten. Hier sehen wir ganz klar die Bayerische Staatsregierung in der Pflicht. Es kann nicht sein, ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz in einem Heimatministerium groß auszurufen und dann doch recht erhebliche Kosten auf die Kommunen abzuladen, vor allem weil der Freistaat Bayern finanziell besser dastehen soll als viele bayerische Kommunen.

Die Kritik an der Bayerischen Staatsregierung lässt sich nahtlos auf die Baukostenförderung für private Schulen übertragen. Zum 1. August 2015 hat die Staatsregierung den Zuschuss von 70% auf 60% gesenkt, wobei die Montessori-Schule Deiningen, deren Ansiedlung in Oettingen wir ausdrücklich begrüßen, noch von einer Übergangsregelung profitiert und einen Zuschuss von 70% erhält. Dennoch verbleibt ein vom Freistaat Bayern nicht geförderter Anteil von 30%, den der jeweilige Träger selbst zu stemmen hat. Die Mehrheit des Stadtrates hat hierzu eine nicht unbeachtliche Bürgschaft zugesagt, die zumindest buchhalterisch bei unseren Verbindlichkeiten erfasst ist und die die SPD-Fraktion in Anbetracht der Haushaltssituation für bedenklich hält. Auch kann es nicht sein, dass hier wieder die Kommune in die Bresche springt, nur weil die Bayerische Staatsregierung nicht auskömmliche Förderprogramme auflegt. Kommunen sind nicht Zahlemann und Söhne der Bayerischen Staatsregierung!

Da wir nicht als die Reich-Ranickis des diesjährigen Oettinger Haushalts eingehen wollen, können wir dem Haushalt auch Positives abgewinnen. Die eingestellten Mittel für die Generalinstandsetzung der Drehleiter und für die Schlauchpfegeanlage sind unabdingbar. Wir danken der Feuerwehr, dass sie für letzteres 20.000 Euro selbst beisteuert und der Stadt ein in den kommenden beiden Jahren zurückzahlbares Darlehn in Höhe von 20.000 Euro gewährt. Die eingestellten 25.000 Euro für das „Kommunale Förderprogramm zur Innenstadtbelebung und zur Stärkung der Innenentwicklung“ waren längst überfällig, nicht nur weil das Förderprogramm auf den SPD-Antrag vom 17. Oktober 2015 zurückgeht, sondern vor allem weil sich der Stadtrat die Innenstadtverdichtung zum Ziel setzen wollte. Überfällig waren auch die Mittel für den Abschluss der Erschließung des Kelterfelds Bauabschnitts I, wobei wir unsere Kritik an der Nichtumsetzung des vorgesehenen Kreisverkehrs aufrechterhalten.

In Sachen Neufahrzeug für den städtischen Gärtner vertrauen wir den Angaben des Stadtbaumeisters und des Bauhofleiters zur Erforderlichkeit der Ersatzbeschaffung, weshalb wir hinter dieser Investition stehen. Dass der SPD-Fraktion der Übergang des Kinderheims auf die Lebenshilfe am Herzen liegt, konnte man u.a. im Interview der Rieser Nachrichten am 22. Februar 2017 nachlesen. Bei aller Kritik, die wir für unseren entschlossenen Einsatz von manchem einstecken durften, sind die für 2018 eingestellten Mittel nachhaltig, wird doch ein Vorzeigeprojekt unterstützt und zugleich weiter drohender Leerstand in der Innenstadt begegnet.

Apropos Innenstadt: Die Innenstadt wird uns in den nächsten Jahren noch intensiver beschäftigen. Die Causa „Krone“ müssen wir angehen. Einen Bauzaun am Markplatz können wir uns auf Dauer nicht leisten, einen Leerstand aber auch nicht. Eine Notsicherung kann aus städtischer Sicht daher nur dann als gelungen gelten, wenn das Hotel seinen Betrieb wieder aufnehmen kann. Gemeinsam müssen wir dafür arbeiten, dass der derzeitige „Missstand“ beseitigt wird. Lange galt auch sonst das gastronomische Angebot als Garant für „Leben findet Innenstadt“. Auch hier bröckelt es. In der Vergangenheit mussten wir überdies die Schließung von Einzelhandelsgeschäften beklagen. Ein Patentrezept, wie dieser in vielen anderen Kommunen auch bestehende bedauernswerte Trend aufgehalten oder sogar umgekehrt werden kann, haben wir nicht. Wir sollten uns aber vielleicht doch ernsthaft überlegen, ob wir den Gedanken der Romantic Outlet City nicht wieder aufgreifen. Gestalten statt nur verwalten muss unsere Maxime sein.

Zum Schluss kommend schließe ich mich den Danksagungen meiner Vor- und Nachredner in verschärfter Form an und danke zusammenfassend namens der SPD-Fraktion, aber auch persönlich, allen, die sächlich, insbesondere monetär, und/oder ideell zu dem diesjährigen Haushalt und seiner Beratung beigetragen haben.

Ob und wer dem diesjährigen Haushalt zustimmen wird, wird die Abstimmung zeigen. Ich bin insoweit doch zuversichtlich. Herzlichen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Oettingen, den 27. April 2017

Robin Bhattacharyya

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion